

Es gibt keine Lücke - wir haben mehr Strom als nötig

15 April, 2008



Anstelle von Erneuerbaren Energien erneuern die Stromkonzerne immer wieder gern die Lüge von der Energielücke und schalten dabei auch einmal gern die Einspeisung von Windenergie ab, damit die Verluste bei der Kohlestromgewinnung nicht ausbleiben!

2007 hat Deutschland 19 Terawattstunden Elektrizität ins Ausland exportiert!

“Wir haben in Deutschland mehr Strom als wir selbst in Deutschland benötigen”, weiß Prof. Uwe Leprich von der Hochschule für Technik des Saarlands. “Wir haben genügend Kraftwerke - da gibt es in Deutschland keine Stromlücke.” 2007 hat Deutschland 19 Terawattstunden ins Ausland exportiert, obwohl einige Kernkraftwerke ausfielen. “Diese Zahlen machen deutlich, dass von einer akuten Stromlücke keine Rede sein kann”, so auch Wolfram König, Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz.

Die monatelange Außerbetriebnahme der vier Atomkraftwerke Biblis A und B sowie Brunsbüttel und Krümmel habe sich auf die Stromversorgung nicht negativ ausgewirkt, sagt das Umweltbundesamt. Nehme man diese drei und drei weitere bis 2012 abzuschaltende Kernkraftwerke hinzu - Neckarwestheim 1, Isar 1 und Philippsburg 1 -, dann könnte die damit verbundene Produktionseinschränkung theoretisch bereits allein durch “Rückführung des Exportüberschusses” aufgefangen werden.

In getrennten Untersuchungen haben Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt [UBA] festgestellt, dass der Atomausstieg die Versorgung in Deutschland nicht gefährde. “Eine Stromlücke könnte nur dann auftreten, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien oder die geplante Steigerung der Energieeffizienz nicht realisiert wird”, heißt es in einem Arbeitspapier des Ressorts von Umweltminister Sigmar Gabriel [SPD]. Auch das UBA sieht in einem eigenen Gutachten “die Versorgungssicherheit bis 2020 nicht in Gefahr”.

Damit soll auch der von der Deutschen Energie-Agentur [Dena] verbreiteten These von einer Stromlücke bei Atomausstieg und unzureichender Investitionen in Kohlekraftwerke

entgegengetreten werden. Die nur teilweise mit privatem Kapital finanzierte Dena untersteht in der Bundesregierung vor allem Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, der seit langem die Verlängerung der Atommeiler-Laufzeiten deutlich über 2020 hinaus verlangt.

Laut Dena stehen ab 2012 nicht mehr genug Kraftwerksleistungen zur Verfügung. “Deshalb wird ein Weiterbetrieb bestehender Kraftwerke über die bisher geplanten Laufzeiten notwendig, um eine Stromlücke zu vermeiden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.” Das Umweltministerium stellt dagegen im Positionspapier fest: “Wird mit dem Gerede von der Stromlücke beabsichtigt, die Laufzeiten für Kernkraftwerke zu verlängern, so muss man wissen, dass gerade das die Modernisierung und den Neubau von hoch effizienten Kraftwerken verhindert. Diese sind gegenüber alten abgeschriebenen Kraftwerken nämlich nicht konkurrenzfähig.”

Gewiss sei dabei, dass eine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atommeilern die Tagesgewinne von jetzt einer Million Euro erheblich vergrößern. Tatsächlich aber solle die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2020 auf 25 bis 30 Prozent und aus der Kraft-Wärme-Koppelung auf 25 Prozent jeweils verdoppelt werden.

Unter Beachtung der notwendigen Erneuerung der Kohle-Kraftwerksparks ergebe sich: “Die bis 2020 etwa 160 Terawattstunden wegfallende Stromproduktion aus Atomkraft werden durch die geplanten Maßnahmen mehr als überkompensiert.” Bei Einhaltung der Planung der Bundesregierung werde es auch bei täglichen Produktionsspitzen keine Versorgungsprobleme geben, so das Ministerium. Auch das Umweltbundesamt fordert das Einhalten der bisherigen Regierungs-Vorgaben wie die Senkung des Stromverbrauchs um 11 Prozent von 2005 bis 2020 und den Ausbau erneuerbarer Energien.

Im Interesse des Klimaschutzes fordert das UBA “keine zusätzlichen Kohlekraftwerke über die heute schon im Bau befindlichen Kraftwerke hinaus”. Die Energiekonzerne planen gleich mehrere neue, riesige Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet - Feinstaub- und Quecksilberemissionen inklusive.

“Uns ist ganz klar gesagt worden, ‘im Ruhrgebiet sind die Leute den Dreck gewohnt, und wir wissen, dass wir hier den geringsten Widerstand haben’”, schildert Sigrid Bentlage von der Grünen Liste Waltrop. Kohlekraftwerke könnten nicht die richtige Strategie sein, meint Leprich, “weil selbst die modernsten Kohlekraftwerke immer noch die Hälfte der Energie ungenutzt als Wärmemüll wegwerfen. Wir brauchen einen radikalen Strategiewechsel hin zu dezentraleren Anlagen, wo insgesamt sehr hohe Wirkungsgrade möglich sind, wo Strom und Wärme gleichzeitig genutzt wird und wo wir im Grunde anfangen würden, den Wärmemarkt völlig umzustrukturieren.”

Nach Ansicht der Deutschen Umwelthilfe entspringt die angeblich drohende Stromlücke einem “strategischen Kalkül” der vier dominierenden Energiekonzerne “E.ON”, RWE, Vattenfall und “EnBW”. Ziel der Unternehmen sei es, in Deutschland neue Kohlekraftwerke in großer Zahl ans Netz zu bringen und den Atomausstieg rückgängig zu machen.

RWE-Chef Jürgen Großmann hatte in der Bild-Zeitung gewarnt: “Im Sommer drohen tagelange Stromausfälle!” Man müsse schnell neue Leitungen und vor allem Kraftwerke bauen, “sonst drohen Engpässe und Blackouts!” Volker Heck, Leiter der Konzernkommunikation von RWE, relativiert: “Wir haben darauf hingewiesen, dass wir

mittlerweile im europäischen Netz Reservezustände haben, die nicht mehr so sind wie noch vor zehn Jahren.”

Und als Krönung hier das “konzerneigene Dementi” der Energielücke:

Diese Reservezustände seien so, “dass mittlerweile ein Zusammentreffen verschiedener Faktoren - das setzt natürlich gewisse Wahrscheinlichkeiten voraus, die jetzt so nicht gegeben sind - ausreichen, um kritische Situationen herbeizuführen. Das heißt aber nicht, dass wir gesagt haben, in 2008 wird der Strom ausfallen, wir haben nur darauf hingewiesen, dass auch in ruhigen Jahren mittlerweile schon die Situation enger wird, als das noch vor ein paar Jahren der Fall gewesen ist.

Quelle: [Nano 15|04| 2008 \[3 SAT\]](#)